

Fraktionsreport



© Hartmut Bräunlich

Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

Grün-Schwarz-Gelb vertagt Diskussion über den Mauerpark – und schafft damit Fakten

Bericht aus der 25. Tagung der BVV Pankow

Die Sommerpause ist vorbei und am Abend des 18. September 2024 trat die Bezirksverordnetenversammlung wieder zusammen. Zwar war auch Pankows Haushaltskrise ein Thema – nicht zuletzt, weil sie alle Aspekte der Bezirkspolitik betrifft. Zwischenzeitlich wurde eine Haushaltssperre verhängt und ein reichlich verspätetes Sanierungskonzept vorgelegt, das in einer eigens dafür vorgesehenen Sondersitzung zur Debatte stehen wird. So viel vorweg: Unsere Fraktion übt scharfe Kritik an diesem Konzept, weil es genauso wie die Haushaltssperre zu spät kommt, handwerklich schlecht und sozial ungerecht ist.

Zahlreiche Besucher*innen lockte diesmal also nicht der Haushalt, sondern der Mauerpark in die BVV. Initiativen wie die Freunde des Mauerparks e.V. und die Graffiti Lobby Berlin hatten im Vorfeld zum Protest und kritischer Begleitung der Sitzung aufgerufen. Anlass war ein dem Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur vorgelegter „Arbeitsentwurf“ für eine neue Parkordnung für den Mauerpark. Noch im April hatte die BVV einstimmig beschlossen, dass jede zukünftige Parkordnung den einzigartigen Charakter des Parks als kreativen Kul-

tur- und Freiraum beachten müsse. Der jetzt vorliegende Entwurf aber wird dem Mauerpark und der Beschlusslage der BVV in keinerlei Hinsicht gerecht. Er strotzt nur so vor Restriktionen, unter anderem für Straßenmusik, Grillen und Graffiti, die zurecht den Unmut jener Akteure wecken, die den Park zu dem machen, was er ist. Trommelnd und rasselnd taten sie ihren Protest in der Sitzung kund, während die CDU-Fraktion den Entwurf und die verantwortliche Stadträtin Manuela Anders-Granitzki (CDU) damit verteidigte, dass es sich ja lediglich um einen „Arbeitsstand“ handle. Wir fragen uns, was für ein Arbeitsstand soll das denn sein, der bereits im Ansatz den Willen der Beteiligten und die Beschlusslage der BVV außer Acht lässt?

Darüber zu debattieren, passte aber weder der CDU noch ihren Zählgemeinschaftspartnern Grüne und FDP, weswegen sie unserem Antrag mit ihrer Mehrheit die Dringlichkeit absprachen und die Debatte beendeten noch bevor sie begann.

Ein weiteres Thema hätte außerdem der geplante Vertragsschluss des Bezirksamts mit der landeseigenen Grün Berlin GmbH zum 1. Oktober sein sollen. Unsere Fraktion hat auch

das wiederholt kritisiert (s. Seite IV) und steht der Überantwortung des allseits beliebten und weit über Bezirksgrenzen hinaus bedeutenden Mauerparks in die Hände der Grün Berlin skeptisch gegenüber.

Eine BVV-Beteiligung an diesem Prozess erachtete das Straßen- und Grünflächenamt offenbar nicht für nötig. Um noch vor Vertragsschluss darüber debattieren zu können, hatten wir das Thema durch einen weiteren Dringlichkeitsantrag auf die Agenda der Sitzung gesetzt. Unter anderem forderten wir, dass der Vertrag mit Grün Berlin der BVV zur Zustimmung vorgelegt werden sollte.

Auch darüber wollte Jamaika aber nicht diskutieren und verbaute damit jede Diskussionsmöglichkeit vor dem unmittelbar bevorstehenden Vertragsschluss. Es wurde offensichtlich, dass Grün-Schwarz-Gelb kein Interesse an öffentlicher Einsicht in Vorgänge wie Vertragsabschlüsse oder Parkordnungen für den Mauerpark hat. Stattdessen sollen an der Öffentlichkeit vorbei Fakten geschaffen werden. Debattieren können Bezirksverordnete, Straßenmusiker*innen, Graffiti-Künstler*innen und alle anderen dann darüber, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. ■

Drucksachen



Ersatzneubau MAXIM sichern!

Wir fordern, den geplanten Ersatzneubau der Kinder- und Jugendeinrichtung MAXIM wie in der Investitionsplanung 2023–2027 vorgesehen umzusetzen. Trotz der geltenden Haushaltssperre soll eine Ausnahme genehmigung erteilt werden, da das derzeitige Gebäude aus dem Jahr 1927 stark sanierungsbedürftig ist. Auch die vom Bezirksamt geplante Verschiebung der Maßnahme gefährden die Fortsetzung der wichtigen Kinder- und Jugendarbeit, weil die Investitionsmittel nur bis 2026 zugesichert sind und die maximale Lebensdauer von 100 Jahren bald erreicht wird. (Drucksache IX-1027) ■



Hinterlandmauer im Mauerpark für Graffiti-Kunst offenhalten

Wir fordern, dass sich das Bezirksamt bei der Grün Berlin GmbH dafür einzusetzen, dass die Hinterlandmauer im Mauerpark auch während der anstehenden Sanie-

rungsarbeiten weiterhin für Graffiti-Kunst zugänglich bleibt. Die Hinterlandmauer ist ein bedeutender Ort der urbanen Kunst und kulturellen Identität des Bezirks, deren Sperrung die künstlerische Entfaltung und die kulturelle Vielfalt im öffentlichen Raum beeinträchtigen würde. Wir fordern, dass sichergestellt wird, dass es Künstler*innen ermöglicht wird, die Mauer auch während der Arbeiten legal zu nutzen. (Drucksache IX-1015) ■



Neue Parkordnung Mauerpark

Aufgrund eines vorgelegten Entwurfs für neue Parkregeln bekräftigen wir mit unserem Dringlichkeitsantrag den BVV-Beschluss zum Erhalt des besonderen Charakters des Mauerparks als Kultur- und Erholungsort und fordern das Bezirksamt auf, die Arbeitsrunden mit den „Freunden des Mauerparks“ sowie den im Park aktiven Akteur*innen fortzusetzen, bis eine weitgehend einvernehmliche Fortschreibung

der Parkordnung erreicht ist. Der vorgelegte Entwurf für die neuen Parkregeln berücksichtigt die besondere Bedeutung des Mauerparks nicht ausreichend. Wir fordern deswegen, dass die bestehende Parkordnung gültig bleibt, bis eine Einigung erzielt ist. (Drucksache IX-1023) ■



Gelder für neue Trinkwasserbrunnen in Pankow

Wir setzen uns mit diesem Antrag dafür ein, dass das Bezirksamt Pankow sich beim Land Berlin dafür einsetzt, dass der Bau neuer Trinkwasserbrunnen weiter finanziert wird und nicht den Kürzungen des Senats zum Opfer fällt. Diese sollen als wichtige Maßnahme des Hitzeschutzes den Zugang zu kostenlosem Trinkwasser gewährleisten und die gesundheitlichen Folgen der Hitzewellen, von denen besonders gefährdete Gruppen wie Kinder, ältere Menschen und Obdachlose betroffen sind, abmildern. (Drucksache IX-1014) ■

Hitzeschutz in Pankow: **Lebensqualität auch ohne Klimaanlage!**



Von Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzender

Der Klimawandel ist längst bei uns angekommen, und die Hitzewellen der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass wir uns dringend auf steigende Temperaturen vorbereiten müssen. Besonders in Städten wie Berlin, wo Beton und Asphalt die Wärme speichern, spüren wir die Folgen. Prenzlauer Berg zum Beispiel heizt sich aufgrund seiner dichten Bebauung deutlich stärker auf als die grüneren Gegenden im Bezirk. Diese Entwicklung erfordert entschlossenes Handeln, um die Lebensqualität in Pankow auch in den Sommermonaten zu erhalten.

Hitzeschutz ist eine soziale Frage: Menschen, die in schlecht isolierten Wohnungen ohne Zugang zu Grünflächen oder kühleren Rückzugsorten leben, sind den steigenden Temperatu-

ren schutzloser ausgeliefert. Besonders Ältere, Kinder, Kranke und wohnungslose Menschen leiden unter den extremen Temperaturen. Menschen, die jeden Tag draußen arbeiten, sind eben anders betroffen, als wenn man in einem gekühlten Büro sitzt. Wir sind aber alle zusammen darauf angewiesen, dass es Menschen gibt, die unseren Müll abholen und unsere Straßen ausbessern. Ein effektiver Hitzeschutzplan muss daher die Bedürfnisse dieser besonders gefährdeten Gruppen in den Mittelpunkt stellen und die Stadt für alle runterkühlen, auch ohne Klimaanlage.

Die Linke Pankow fordert deshalb einen umfassenden Hitzeschutzplan für den Bezirk. Dazu gehört der Ausbau von Trinkbrunnen und Abkühlstationen an zentralen Orten, die barriere-

frei zugänglich sind. Öffentliche Gebäude wie Bibliotheken, Einkaufszentren und Bahnhöfe sollten während Hitzeperioden als kühle Rückzugsorte genutzt werden können. Auch die Pflege von Grünanlagen und die Entsiegelung von Flächen sind zentrale Maßnahmen, um die Stadt kühl zu halten. Mehr Bäume, begrünte Dächer und Fassaden sorgen für natürlichen Schatten und verbessern das Mikroklima.

Darüber hinaus sind präventive Maßnahmen wichtig: Frühwarnsysteme sollen die Bevölkerung rechtzeitig über bevorstehende Hitzewellen informieren, insbesondere vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kranke und Kinder. Sozialarbeitende müssen während Hitzeperioden verstärkt im Einsatz sein, um obdachlose Menschen mit Wasser, Sonnencreme und schützender Kleidung zu versorgen. Aktuell liegt dem Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung zum Beispiel ein Antrag unserer Fraktion vor, der den geplanten Bau von Trinkwasserbrunnen vor Kürzungen des Senats bewahren soll.

Hitzeschutz darf keine Frage des Geldbeutels sein. Deshalb müssen wir öffentliche Investitionen in eine hitzeresistente Infrastruktur vorantreiben, anstatt uns auf private Klimaanlagen zu verlassen. Der Zugang zu Wasser und Kühlzonen muss für alle gewährleistet sein. Nur durch entschlossenes politisches Handeln können wir dafür sorgen, dass Pankow auch in Zukunft für alle lebenswert bleibt. ■



Von Dr. Jaana Stiller, sportpolitische Sprecherin

Neonazis raus aus Pankows Sportanlagen: Linksfraktion fordert konsequentes Handeln

Seit 2020 treten Neonazis vermehrt öffentlich auf Pankows Sportstätten auf. Die rechtsextreme Partei „Der III. Weg“ nutzte das Kissingenstadion in Niederschönhausen für ihr Training. Damals war der Zusammenhang zwischen dieser neonazistischen Kleinstpartei und dem Vereinssport noch nicht bekannt. Doch schnell mehrten sich Berichte von Pankower*innen, die Männer mit einschlägigen Szene-T-Shirts auf der Sportanlage beobachteten. Im April 2022 wurden Fotos stadtbekannter Neonazis öffentlich, die sie beim Training in der Sportanlage Rennbahnstraße in Weißensee zeigten. Auf Anfrage der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus berichtete die Senatsinnenverwaltung bereits damals, dass das rechtsextremistische Kampfsporttraining dort den Behörden bekannt sei.

Im Mai 2024 stellte die Linksfraktion Pankow eine kleine Anfrage an das Bezirksamt, um in Erfahrung zu bringen, welche Maßnahmen bereits ergriffen wurden, um die rechtsextremen Aktivitäten zu unterbinden. Ziel war es, die Hintergründe der Neonazis, insbesondere des III. Wegs und seiner Jugendorganisation „Nationalrevolutionäre Jugend“ (NRJ), genauer zu beleuchten. Diese 2013 gegründete Partei, die vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestuft wird, verfolgt eine radikalnationalistische, fremdenfeindliche und antisemitische Ideologie. Besonders beunruhigend: Der III. Weg

nutzt regelmäßig Kampfsporttrainings, um junge Menschen zu rekrutieren.

Zwischen der Einreichung der kleinen Anfrage und ihrer Beantwortung stellte sich heraus, dass die Gruppe mittlerweile nicht mehr im Kissingenstadion trainierte. Stattdessen hatten sie stillschweigend wieder zu der weniger einsehbaren Sporthalle auf dem Gelände der Rennbahnstraße in Weißensee gewechselt. Die Verbindung zwischen dem III. Weg und dem örtlichen Sportverein TSC Preußen 97 wurde immer deutlicher.

In der Antwort auf die kleine Anfrage nannte der zuständige Stadtrat Jörn Pasternack (CDU) verschiedene Maßnahmen, um die Neonazis von den Pankower Sportanlagen fernzuhalten. Doch der III. Weg trainierte weiterhin zweimal wöchentlich in der Sporthalle der Rennbahnstraße. Daraufhin stellte die Linksfraktion Pankow einen Antrag mit der Forderung, die angekündigten Maßnahmen schnellstmöglich und verbindlich umzusetzen. Dazu gehörten die Anpassung der Haus- und Nutzungsordnung, um Neonazis von den Sportanlagen zu verweisen, sowie regelmäßige Schulungen für das Sportanlagenpersonal und die Sportvereine. Es wurde zudem gefordert, dass das Bezirksamt regelmäßig mit Betroffenen und den Sportvereinen Rücksprache hält und gegebenenfalls weitere Schritte einleitet. Auch die Bezirksverordneten sollten kontinuierlich über neue Entwicklungen infor-

miert und die Anwohner*innen sowie Sportler*innen einbezogen werden.

Leider wurde dieser Antrag erst nach der Sommerpause im September in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) behandelt. In der Zwischenzeit hatten die Neonazis weiterhin ungestört in der Sportanlage an der Rennbahnstraße trainiert. Es gab sogar Hinweise darauf, dass sie erneut auf dem Gelände des Kissingenstadions aktiv waren.

Am Tag der BVV kamen viele Unterstützer*innen des Antrags, darunter auch Pankower Sportvereine, um ein deutliches Zeichen gegen Menschenfeindlichkeit und Fremdenhass zu setzen. Trotz der Beteuerungen von Stadtrat Pasternack, alles Mögliche im Kampf gegen die rechtsradikalen Gruppen zu unternehmen, blieb unsere Fraktion skeptisch. Wir sind der Auffassung, dass das bisherige Handeln nicht ausreicht und die bereits versprochenen Maßnahmen konsequenter umgesetzt werden müssten. Wir freuen uns, dass nach hitziger Debatte die Mehrheit der Bezirksverordneten uns folgte und unserem Antrag zustimmte.

Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, dass sich Pankower*innen, Sportvereine und die Politik gemeinsam gegen Rechtsextremismus positionieren. Neonazis dürfen keinen Raum in Pankow haben. Die Linksfraktion fordert weiterhin entschlossenes Handeln und bleibt an der Sache dran.



Die Zukunft des Mauerparks – Mit oder ohne Grün Berlin?

Von Dr. Jaana Stiller, Bezirksverordnete

Am 9. September 2024 fand ein erfolgreicher Kiezspaziergang im Mauerpark statt, organisiert von der Linksfraktion Pankow in Zusammenarbeit mit Katalin Gennburg und den Freunden des Mauerparks e.V. Zahlreiche Interessierte kamen zusammen, um über die mögliche zukünftige Übernahme der Pflege und Unterhaltung des Mauerparks durch die Grün Berlin GmbH zu diskutieren. Unter der Leitung von Katalin Gennburg (MdA, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin) und Dr. Jaana Stiller (Bezirksverordnete der Linksfraktion in der BVV Pankow, Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur) wurden die Pläne kritisch hinterfragt. Besonders im Fokus standen die Sorgen der Teilnehmenden, dass der Mauerpark unter der

Verwaltung der Grün Berlin GmbH seinen einzigartigen Charakter verlieren könnte. Immer wieder wurden Bedenken laut, dass ein zukünftiger Einfluss der Grün Berlin GmbH die offene, kreative Atmosphäre des Parks gefährden könnten. Zudem wurde Grün Berlin in der Vergangenheit häufig für Qualitätsmängel und Intransparenz in der Bewirtschaftung anderer Grünflächen, wie dem Botanischen Volkspark Blankenfelde, kritisiert. Der Mauerpark gilt als Symbol des wiedervereinten Berlins und als wichtiger Kultur- und Begegnungsort. Die Linksfraktion Pankow, Die Linke im AGH Berlin und die Freunde des Mauerparks e.V. setzen sich dafür ein, dass dieser besondere Ort erhalten bleibt – ohne Einschränkungen, die den offenen Charakter des Parks gefährden könnten. Alle Interessierten waren sich einig: Der Mauerpark soll so bleiben, wie er ist – ein freier Ort für Begegnung, Kultur und Erholung. ■

Wie funktioniert eigentlich Kommunalpolitik?

Heute werfen wir in dieser Rubrik einen Blick darauf, wie das Bezirksamt organisiert ist. Das Bezirksamt besteht aus Bezirksbürgermeister*in und den Bezirksstadträt*innen. Sie alle sind, anders als die Bezirksverordneten, hauptamtlich tätig und werden von der BVV gewählt. Die Größe der Fraktionen ist dabei maßgeblich für die Verteilung der Posten. Die Stadträt*innen sind jeweils für unterschiedliche, eigene Politikbereiche - ihre Ressorts – verantwortlich und steuern diese politisch. Die Bezirksbürgermeisterin sitzt dem Bezirksamt vor und koordiniert die Verwaltung. Außerdem repräsentiert sie den Bezirk und vertritt seine Interessen, zum Beispiel gegenüber dem Berliner Senat oder im Rat der Bürgermeister, der aus regierendem Bürgermeister, Bürgermeisterin und den 12 Bezirksbürgermeister*innen besteht. Das Bezirksamt fasst Mehrheitsbeschlüsse über verschiedenste Dinge, dabei zählt die Stimme der Bezirksbürgermeisterin doppelt, wenn es zu einem Patt kommt. In Pankow amtiert aktuell Dr. Cordelia Koch von Bündnis 90/Die Grünen als Bezirksbürgermeisterin. Neben ihr gibt es fünf Stadträt*innen. Das sind derzeit Manuela Anders-Grantzki (CDU) für das Ressort Ordnung und Öffentlicher Raum, Jörn Pasternack, (CDU) für Schule, Sport und Facility Management, Cornelius Bechtler (Bündnis 90/Die Grünen) für Stadtentwicklung und Bürgerdienste, Dominique Krössin (Die Linke) für Soziales und Gesundheit und Rona Tietje (SPD) für Jugend und Familie. Sowohl die Bezirksbürgermeisterin als auch alle Stadträt*innen bieten Sprechstunden für die Einwohner*innen von Pankow an. Die Termine sind auf der Webseite des Bezirksamtes Pankow zu finden. ■

Kommunalpolitik erklärt!

Alle Einträge in dieser Reihe finden Sie auch auf unserer Seite:



So treten Sie mit uns in Kontakt

Die Linke

Fraktion in der BVV Pankow

Besuchen Sie unsere Bürger*innensprechstunde:

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr in unserem Fraktionsbüro
Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109
10405 Berlin

Rufen Sie uns an unter:

(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine Email an kontakt@linksfraktion-pankow.de oder wenden Sie sich direkt an unsere fachpolitischen Sprecher*innen.



In unseren thematischen **Arbeitsgruppen** können Sie sich zu einer Vielzahl von Themen einbringen:



Kennen Sie schon unseren **Newsletter**? Hier können Sie ihn abonnieren:



Folgen Sie uns auf Social Media:



www.linksfraktion-pankow.de

Herausgeber:

Linksfraktion in der BVV Pankow

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73

kontakt@linksfraktion-pankow.de

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint im November 2024.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.